

18.11.2025

Herbst-Konjunkturumfrage:

„Die Standort-Sklerose ist nicht geheilt“

„Die Lage ist nach wie vor sehr kritisch, die Standort-Sklerose ist nicht geheilt“, resümiert **NORDMETALL-Präsident Folkmar Ukena** die Ergebnisse der Herbst-Konjunkturumfrage 2025 der norddeutschen Arbeitgeberverbände. „Wir gehen ins vierte Rezessionsjahr, und die Hoffnung auf ein Ende der Krise ist sehr schwach, nicht nur wegen der volatilen internationalen Situation, sondern auch wegen der unverändert schlechten nationalen Rahmenbedingungen. Im Norden ist besonders das nordwestliche Niedersachsen vom Negativtrend betroffen.“

Eine Verbesserung der Geschäftslage im kommenden halben Jahr erwarten nur 17 Prozent der norddeutschen Unternehmen (Frühjahr: 21 Prozent), 60 Prozent rechnen mit gleicher Geschäftslage, 23 Prozent mit einer Verschlechterung. In Schleswig-Holstein rechnen sogar 28 Prozent mit einer negativen Entwicklung, im nordwestlichen Niedersachsen 26 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern nur 14 Prozent. 40 Prozent der Firmen in Norddeutschland leiden unter Auftragsmangel, der höchste Wert seit der Corona-Krise Anfang 2021. In der Branchenbetrachtung liegen der Straßenfahrzeugbau sowie die Metallherzeuger und Gießereien (jeweils 80 Prozent) mit zu geringen Aufträgen an der Spitze, gefolgt vom Maschinenbau (52 Prozent). Nur der Schiffbau bewertet die Auftragslage zu 44 Prozent als „relativ hoch“ und zu 56 Prozent als „ausreichend“.

141 Mitgliedsbetriebe mit rund 84.000 Beschäftigten haben sich bis zum Oktober an der Umfrage von NORDMETALL, AGV NORD und den Arbeitgeberverbänden in Bremen, Oldenburg sowie Ostfriesland beteiligt. Jeder dritte Betrieb beurteilt die Geschäftslage als schlecht oder unbefriedigend. Der Anteil der Zufriedeneren ist gegenüber dem vergangenen Frühjahr sogar noch einmal um ein Prozent gesunken. Nur im Schiffbau sowie Luft- und Raumfahrzeugbau bewerten die Firmen die Lage durchweg mit „gut“ oder „befriedigend“. Jedoch beklagen vier von fünf Betrieben im Straßenfahrzeugbau und unter den Metallherzeugern sowie Gießereien eine „unbefriedigende“ oder „schlechte“ Geschäftslage, im Maschinenbau sind es mit 47 Prozent fast die Hälfte. Am pessimistischsten sehen die

Geschäftsstellen **NORDMETALL** und **AGV NORD**



Kontakt zum Pressesprecher

Alexander Luckow,
Leiter Kommunikation und Wirtschaft
Tel.: 040 6378 4231
Mobil: 0172 260 50 39
E-Mail: luckow@nordmetall.de

Social Media

[LinkedIn](#)
[Facebook](#)
[Instagram](#)
[Youtube](#)

Pressemitteilungen und Fotos: www.nordmetall.de/presse und
www.agvnord.de/presse

Die Arbeitgeberverbände NORDMETALL und AGV NORD vertreten 690 Unternehmen mit zusammen 170.000 Beschäftigten in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und im nordwestlichen Niedersachsen. Schwerpunktbranche ist die Metall- und Elektroindustrie. Dazu gehören Maschinen- und Schiffbauer, Firmen aus Luftfahrt- und Automobilindustrie, Stahlproduzenten genauso wie Spezialisten aus Medizin- und Elektrotechnik. Mit allein 140.000 Beschäftigten bildet diese Industrie das Herz der norddeutschen Wirtschaft.

Unternehmen im nordwestlichen Niedersachsen die Situation (63 Prozent „schlecht“ oder „unbefriedigend“), am optimistischsten die Mecklenburg-Vorpommerschen Betriebe (90 Prozent „gut“ oder „befriedigend“). 37 Prozent der Betriebe ist es nicht mehr gelungen, Kostensteigerungen mit Preiserhöhungen aufzufangen. Das sind elf Prozent mehr als im Frühjahr. Vier von fünf Metallerzeugern und Gießereien, sechs von zehn Straßenfahrzeugbauern, aber auch 57 Prozent der Firmen im Luft- und Raumfahrzeugbau beklagen den nicht auszugleichenden Kostendruck.

Den Personalbestand verringern wollen in den kommenden drei Monaten 28 Prozent der Unternehmen, im Frühjahr waren es nur 17 Prozent (nordwestliches Niedersachsen: 44 Prozent). 51 Prozent wollen die Zahl ihrer Beschäftigten nicht verändern, 21 Prozent erhöhen. Auch hier planen sechs von zehn Betrieben des Straßenfahrzeugbaus sowie der Metallerzeugung und Gießereien Personalabbau, ebenso ein gutes Drittel der Maschinenbauer. Dagegen will jeder zweite Luft- und Raumfahrzeugbauer Einstellungen vornehmen. Insgesamt ergibt sich in der norddeutschen Industrie praktisch kein Einstellungsbedarf mehr.

Eine schlechte oder unbefriedigende Verfügbarkeit von Fachkräften melden immer noch 51 Prozent der Unternehmen, sieben Prozent weniger als im Frühjahr. In Mecklenburg-Vorpommern wird der Fachkräftemangel von 65 Prozent der Firmen beklagt, in Schleswig-Holstein nur von 42 Prozent (nordwestliches Niedersachsen: 56 Prozent). Bei den Auszubildenden sehen immerhin 49 Prozent der norddeutschen Betriebe eine gute oder zufriedenstellende Verfügbarkeit von geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern, im nordwestlichen Niedersachsen sind es nur 36 Prozent.

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland hat sich nach dem Urteil von 52 Prozent der norddeutschen Industrieunternehmen in den vergangenen sechs Monaten verschlechtert (Frühjahr: 49 Prozent). Jeder vierte Betrieb plant jetzt Produktionsverlagerungen ins Ausland, ein Allzeit-Höchstwert (Frühjahr: 21 Prozent) seit dem Jahr 2008. Rund zwei Drittel der Maschinenbauer sowie Luft- und Raumfahrzeugbauer planen Produktionsverlagerungen. Als besonders erschwerende Wirtschaftsfaktoren werden mit 83 Prozent die Arbeitskosten gewertet, gefolgt von der Bürokratie in Deutschland (66 Prozent), den Energiekosten (60 Prozent) und der internationalen Politik (59 Prozent).

NORDMETALL-Präsident Folkmar Ukena konstatiert: „Die Lage der norddeutschen Industrie ist weiterhin schlecht. Insbesondere unter Metallerzeugern und Gießereien, aber auch im Maschinenbau stellt sich immer öfter die Existenz- und Standortfrage. Aber selbst die Werften und Luft- sowie Raumfahrzeugbauer mit vollen Auftragsbüchern können dem Kostendruck und den schlechten Rahmenbedingungen kaum noch Stand halten: Noch nie planten so viele Betriebe der norddeutschen Metall- und Elektroindustrie Produktionsverlagerungen ins Ausland wie heute. Die wichtigsten Stellschrauben hat die Politik selbst in der Hand: Wenn die Bundesregierung nicht rasch für niedrigere Energiepreise mit ausreichenden Netzwerkkapazitäten, beherrschbare Arbeitskosten durch reformierte Sozialversicherungen, eine Reduktion der Unternehmenssteuern, bessere Bildung und massiven Bürokratieabbau durch geringere Regelungsdichte sorgt, wird das die Abwanderung vieler Produktionsstätten ins Ausland weiter befördern. Das wollen wir M+E-

Arbeitgeber im Norden verhindern. Deshalb appelliere ich an die Bundesregierung: Handeln Sie schnell, um den Industriestandort und damit unseren Wohlstand zu schützen.“